

STEUERINFORMATIONEN AUSGABE MAI 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bundesfinanzministerium hat sein viel diskutiertes Schreiben zur **Gewinnrealisierung bei Abschlagszahlungen** aus 2015 aufgehoben. Damit gilt wieder die alte (bewährte) Rechtslage, wonach bei Abschlagszahlungen grundsätzlich noch keine Gewinnrealisierung eintritt.

Darüber hinaus ist in diesem Monat auf folgende Aspekte hinzuweisen:

- Nach dem Abschluss einer erstmaligen Berufsausbildung oder eines Erststudiums entfällt für volljährige Kinder oft der Anspruch auf **Kindergeld**. In einem aktuellen Schreiben hat die Finanzverwaltung nun dargestellt, wann eine Erstausbildung abgeschlossen ist.
- In einem Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes hat das Finanzgericht Niedersachsen die Auffassung vertreten, dass die **Kinderfreibeträge** verfassungswidrig zu niedrig sind. Es ist zu erwarten, dass sich nun der Bundesfinanzhof mit dieser Frage befassen muss.
- Aufwendungen des Vermieters zur Beseitigung von Schäden, die der Mieter nach Erwerb einer Eigentumswohnung verursacht hat, sind keine **anschaffungsnahen Herstellungskosten**. Nach einer Entscheidung des Finanzgerichts Düsseldorf können die Aufwendungen erfreulicherweise sofort als Werbungskosten abgezogen werden.
- Und Vorsicht: Mit dem Aufgabenbild eines GmbH-Geschäftsführers ist es nicht vereinbar, dass er durch ein **Arbeitszeitkonto** auf seine unmittelbare Entlohnung zugunsten später zu vergütender Freizeit verzichtet. Nach Ansicht des Bundesfinanzhofs handelt es sich in diesen Fällen um eine verdeckte Gewinnausschüttung.

Diese und weitere interessante Informationen finden Sie in der Ausgabe für Mai 2016. Viel Spaß beim Lesen!

Mit freundlichen Grüßen
ABG Steuerberatungsgesellschaft

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Alle Steuerzahler:

- Ist die Höhe des Kinderfreibetrags verfassungswidrig? 2
- Elterngeld kann außergewöhnliche Belastung mindern 2
- Kindergeld für volljährige Kinder: Finanzverwaltung äußert sich zum Abschluss einer Berufsausbildung 2

Vermieter:

- Keine anschaffungsnahen Herstellungskosten bei Beseitigung nachträglich eingetretener Schäden 3

Kapitalanleger:

- Bundesfinanzhof widerspricht Finanzverwaltung: Verluste aus dem Verfall von Optionen sind zu berücksichtigen 4

Freiberufler und Gewerbetreibende:

- Finanzministerium rudert zurück: Doch keine Gewinnrealisierung bei Abschlagszahlungen 4
- Veranstaltung von Golfturnieren: Wann sind die Aufwendungen abziehbar? 4

Gesellschafter und Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften:

- Arbeitszeitkonto für Gesellschafter-Geschäftsführer führt zur verdeckten Gewinnausschüttung 5
- Auch die Unternehmergeinschaft (haftungsbeschränkt) muss ihren Jahresabschluss offenlegen 5
- Bürgschaftszahlungen als Werbungskosten 5

Umsatzsteuerzahler:

- Vorsteuerabzug für Unternehmensgründer begrenzt 6
- Vorsteuerabzug: Frist für Zuordnung endet am 31.05 6

Arbeitgeber:

- Sachbezüge: Streuwerbeartikel als mögliche Steuerfalle 6

Arbeitnehmer:

- Neue Verwaltungsanweisung zur ermäßigten Besteuerung von Abfindungen 7

Abschließende Hinweise:

- Broschüre: Steuertipps für behinderte Menschen und Ruheständler 7
- Verzugszinsen 7
- Steuern und Beiträge Sozialversicherung: Fälligkeitstermine in 05/2016 7

Pressemitteilungen

9

Unternehmerfrühstück Bayreuth

12

Alle Steuerzahler

Ist die Höhe des Kinderfreibetrags verfassungswidrig?

In einem Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes hat das Finanzgericht Niedersachsen die Auffassung vertreten, dass die **Kinderfreibeträge verfassungswidrig zu niedrig** sind. Es ist zu erwarten, dass sich nun der Bundesfinanzhof mit dieser Thematik befassen muss.

Zum Hintergrund: Die Entscheidung ist bei der **Einkommensteuerfestsetzung** für diejenigen Steuerpflichtigen bedeutsam, für die der Abzug der Kinderfreibeträge günstiger ist als das Kindergeld. Bei der Festsetzung des **Solidaritätszuschlags** betrifft es alle Steuerpflichtigen mit Kindern, da bei der Festsetzung des Solidaritätszuschlags die Kinderfreibeträge abgezogen werden (auch wenn das Kindergeld günstiger ist).

Die Bundesregierung hatte das sächliche Existenzminimum eines Kindes im Veranlagungszeitraum (VZ) 2014 mit 4.440 EUR festgestellt und angekündigt, zur verfassungsgerechten Besteuerung werde der Kinderfreibetrag von 4.368 EUR **um 72 EUR für den VZ 2014 angehoben**. Diese Ankündigung hat der Gesetzgeber allerdings **nicht umgesetzt**. Da die Kinderfreibeträge erst ab dem VZ 2015 angehoben worden sind, sind sie nach Meinung des Finanzgerichts Niedersachsen für den VZ 2014 zu niedrig.

Das Finanzgericht geht aber noch einen Schritt weiter und sieht die Höhe des Kinderfreibetrags **generell als zu niedrig an**. Denn der Gesetzgeber berücksichtigt lediglich ein durchschnittliches Existenzminimum von 258 EUR pro Monat, das unter dem Sozialleistungsanspruch eines sechsjährigen Kindes (Regelsatz 2014: monatlich 261 EUR) liegt. Zudem moniert das Finanzgericht, dass der Gesetzgeber **für ein volljähriges Kind** keine Ermittlungen zur Höhe des Existenzminimums angestellt hat, sondern den Satz für minderjährige Kinder anwendet.

Praxishinweis: Nach Ansicht des Finanzgerichts umfasst die vorläufige Festsetzung der Einkommensteuer und des Solidaritätszuschlags hinsichtlich der Höhe der Kinderfreibeträge die Verfassungsmäßigkeit des um 72 EUR zu niedrigeren Kinderfreibetrags im VZ 2014 und – auch für andere VZ – der Höhe des Kinderfreibetrags nach dem durchschnittlichen Existenzminimum nicht. Denn diese Fragen sind bislang nicht Gegenstand eines Verfahrens bei dem Gerichtshof der Europäischen Union, dem Bundesverfassungsgericht oder einem obersten Bundesgericht. Demzufolge ist ein Einspruch zu erwägen, wobei einem Antrag auf Aussetzung der Vollziehung für die Fälle des VZ 2014 grundsätzlich zu entsprechen ist. Dies ergibt sich aus dem neuen Vorläufigkeitskatalog des Bundesfinanzministeriums.

Quelle: FG Niedersachsen, Beschluss vom 16.2.2016, Az. 7 V 237/15, unter www.iww.de, Abruf-Nr. 146625; Mitteilung des FG Niedersachsen vom 23.2.2016; BMF-Schreiben vom 11.4.2016, Az. IV A 3 - S 0338/07/10010

Elterngeld kann außergewöhnliche Belastung mindern

Unterhaltsleistungen können im Veranlagungszeitraum 2016 unter gewissen Voraussetzungen bis zu 8.652 EUR als außergewöhnliche Belastungen abgezogen werden. Der Höchstbetrag ist um die eigenen Einkünfte und Bezüge der unterhaltenen Person zu kürzen, soweit diese einen anrechnungsfreien Betrag von 624 EUR übersteigen. Zu solchen Einkünften gehört nach den Urteilen der Finanzgerichte Münster und Sachsen auch **das gesamte Elterngeld**, das die unterstützte Person bezieht – also **auch der Sockelbetrag von 300 EUR monatlich**.

Beachten Sie: Die Finanzgerichte hatten die Revision zugelassen. Da diese aber in beiden Fällen nicht eingelegt wurde, sind die **Urteile rechtskräftig**.

Quelle: FG Münster, Urteil vom 26.11.2015, Az. 3 K 3546/14 E, unter www.iww.de, Abruf-Nr. 146723; FG Sachsen, Urteil vom 21.10.2015, Az. 2 K 1175/15, unter www.iww.de, Abruf-Nr. 146566

Kindergeld für volljährige Kinder: Finanzverwaltung äußert sich zum Abschluss einer Berufsausbildung

Nach Abschluss einer ersten Berufsausbildung oder eines Erststudiums erhalten Eltern für volljährige Kinder nur noch dann **Kindergeld**, wenn die Kinder nicht voll erwerbstätig sind. Der Frage, **wann eine Erstausbildung abgeschlossen ist**, kommt demnach entscheidende Bedeutung zu. Dazu gab es zuletzt zahlreiche interessante Gerichtsentscheidungen. Inwiefern die Verwaltung diese Urteile anwendet, lässt sich einem aktuellen Schreiben des Bundesfinanzministeriums entnehmen.

Zum Hintergrund

Volljährige Kinder, die **das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben** und

- eine Ausbildung absolvieren,
- sich in einer Übergangszeit von maximal vier Monaten zwischen zwei Ausbildungsabschnitten befinden,
- mangels Ausbildungsplatz eine Ausbildung nicht beginnen oder fortsetzen können oder
- ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr oder einen anderen Freiwilligendienst leisten

werden **bis zum Abschluss einer erstmaligen Berufsausbildung oder eines Erststudiums** berücksichtigt. Danach nur dann, wenn sie keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Eine Erwerbstätigkeit mit bis zu 20 Stunden regelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit, ein Ausbildungsdienstverhältnis oder ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis sind jedoch unschädlich.

Sichtweise der Finanzverwaltung

Nach dem Schreiben der Finanzverwaltung liegt eine **Erstausbildung** vor, wenn kein anderes durch einen berufsqualifizierenden Abschluss beendetes Studium bzw. keine andere abgeschlossene nichtakademische Berufsausbildung vorangegangen sind. Dabei kommt es auf **den Abschluss der Ausbildung** an. Ein Wechsel des Studiengangs ohne vorherigen Abschluss wäre somit unschädlich.

Eine erstmalige Berufsausbildung oder ein Erststudium sind grundsätzlich abgeschlossen, wenn sie das Kind **zur Aufnahme eines Berufs befähigen**. Ist allerdings aufgrund objektiver Beweisanzeichen erkennbar, dass das angestrebte Berufsziel noch nicht erreicht wurde, kann auch eine weiterführende Ausbildung noch als Teil der **Erstausbildung** gelten, **wenn diese sachlich** (z. B. dieselbe Berufssparte oder derselbe fachliche Bereich) **und zeitlich** (zum nächstmöglichen Zeitpunkt) mit der **Erstausbildung** zusammenhängt.

Das Bundesfinanzministerium schreibt hier deutlich, dass es sich erst dann um eine Weiterbildung oder Zweitausbildung handelt, wenn das **von Kind und Eltern bestimmte Berufsziel** erreicht ist. Hier ist also gute Argumentation und Nachweisführung gefragt.

Beachten Sie: Kritisch sind vor allem **Masterstudiengänge**. Bislang sah die Finanzverwaltung die Berufsbefähigung mit dem Bachelor als abgeschlossen an, der Master wurde als Zweitausbildung gewertet. Der Bundesfinanzhof hat das anders gesehen: Ist ein Masterstudium inhaltlich und zeitlich auf den vorherigen Bachelorstudiengang abgestimmt, zählt er noch zur **Erstausbildung**. Diese Entscheidung wendet nun auch die Finanzverwaltung an und geht bei **konsekutiven Masterstudiengängen** an einer inländischen Hochschule von einem engen sachlichen Zusammenhang aus.

Praxishinweis: Da unter Umständen auch in sonstigen zeitnah anschließenden Ergänzungs- und Aufbaustudien ein einheitliches Erststudium gesehen werden kann, sollten die steuerlichen Vergünstigungen für (weiter)studierende Kinder immer beantragt werden – außer wenn es sich um einen offensichtlich anderen, zweiten Studiengang handelt.

Quelle: BMF-Schreiben vom 8.2.2016, Az. IV C 4 - S 2282/07/0001-01, unter www.iww.de, Abruf-Nr. 146411

Vermieter

Keine anschaffungsnahen Herstellungskosten bei Beseitigung nachträglich eingetretener Schäden

Aufwendungen des Vermieters **zur Beseitigung von Schäden**, die der Mieter nach Erwerb einer Eigentumswohnung verursacht hat, sind keine anschaffungsnahen Herstellungskosten. Nach einer Entscheidung des Finanzgerichts Düsseldorf können die Aufwendungen **sofort als Werbungskosten** bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung abgezogen werden.

Zum Hintergrund: Anschaffungsnahen Herstellungskosten liegen vor, wenn **innerhalb von drei Jahren** nach Anschaffung des Gebäudes Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt werden, deren **Nettoaufwendungen 15 % der Gebäude-Anschaffungskosten** übersteigen. In diesem Fall können die Aufwendungen nicht sofort, sondern lediglich über die Gebäudeabschreibung (regelmäßig 50 Jahre) berücksichtigt werden.

Sachverhalt

Eine Steuerpflichtige erwarb in 2007 eine Eigentumswohnung, die sich in einem mangelfreien Zustand befand. Zugleich übernahm sie das Mietverhältnis. In der Folge kam es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung mit der Mieterin. In 2008 wurde das Mietverhältnis gekündigt. Die Mieterin hinterließ die Wohnung in einem beschädigten Zustand (eingeschlagene Scheiben, Schimmelbefall etc.).

Zur Schadenbeseitigung wandte die Steuerpflichtige im Jahr 2008 rund 17.000 EUR (netto) auf, die sie als sofort abzugsfähige Werbungskosten behandelte. Hingegen vertrat das Finanzamt die Auffassung, es handele sich um anschaffungsnahen Herstellungskosten, da die 15 %-Grenze überschritten wurde.

Nach Ansicht des Finanzgerichts Düsseldorf liegen trotz Überschreitung der 15 %-Grenze keine anschaffungsnahen Herstellungskosten vor. Der Gesetzesbegründung lassen sich keine Anhaltspunkte dafür entnehmen, dass der Gesetzgeber Aufwand zur Beseitigung von Schäden nach dem Erwerb erfassen wollen. Dagegen sprächen auch **systematische Gründe**. So könne in Fällen, in denen es – wie im Streitfall – zu einem Substanzverlust komme, auch eine **Absetzung für außerordentliche Abnutzung** beansprucht werden, die auch zu einem sofortigen Abzug führe.

Ferner gebiete die mit der Regelung bezweckte **Verwaltungsvereinfachung** keine Qualifizierung derartiger Aufwendungen als anschaffungsnahen Herstellungskosten.

Praxishinweis: Die Revision wurde zugelassen, da höchstrichterlich noch nicht entschieden ist, ob Aufwendungen zur Beseitigung nachträglicher Schäden anschaffungsnahen Herstellungskosten auslösen können.

Quelle: FG Düsseldorf, Urteil vom 21.1.2016, Az. 11 K 4274/13 E, unter www.iww.de, Abruf-Nr. 146556

Kapitalanleger

Bundesfinanzhof widerspricht Finanzverwaltung: Verluste aus dem Verfall von Optionen sind zu berücksichtigen

Der Bundesfinanzhof hat – entgegen der Ansicht des Bundesfinanzministeriums – entschieden, dass **Verluste aus dem Verfall von Optionen** mit anderen Einkünften aus Kapitalvermögen verrechnet und somit steuerlich genutzt werden können.

Sachverhalt

In den Streitfällen hatten Privatanleger jeweils Aktien- und Indexoptionen erworben. Der Kurs der Wertpapiere und Aktienindizes entwickelte sich jedoch nicht wie erwartet. Schließlich wurden die Optionen nach dem Ende der Laufzeit als wertlos aus den Wertpapierdepots der Anleger ausgebucht. Den Wertverlust machten die Steuerpflichtigen bei ihren Einkünften aus Kapitalvermögen steuerlich geltend – und zwar zu Recht, wie der Bundesfinanzhof befand.

Dabei ist es unerheblich, ob der Anleger aufgrund der Option auch den zugrunde liegenden Basiswert erwirbt oder ob er einen sich aus dem Optionsgeschäft ergebenden Unterschiedsbetrag in bar ausgleicht. Der Bundesfinanzhof betrachtet **die Anschaffung der Option und den Ausgang des Optionsgeschäfts als Einheit**.

Beachten Sie: Die aktuellen Entscheidungen des Bundesfinanzhofs sind auch deshalb von besonderer Bedeutung, da sie zur heute geltenden Rechtslage, **d. h. nach Einführung der Abgeltungsteuer**, ergangen sind.

Quelle: BFH-Urteile vom 12.1.2016, Az. IX R 48/14, unter www.iww.de, Abruf-Nr. 184146; Az. IX R 49/14, Abruf-Nr. 184147; Az. IX R 50/14, Abruf-Nr. 184148

Freiberufler und Gewerbetreibende

Finanzministerium rudert zurück: Doch keine Gewinnrealisierung bei Abschlagszahlungen

Das Bundesfinanzministerium hat sein viel diskutiertes Schreiben zur Gewinnrealisierung bei Abschlagszahlungen aus 2015 aufgehoben. Damit gilt wieder die alte (bewährte) Rechtslage, wonach **bei Abschlagszahlungen grundsätzlich noch keine Gewinnrealisierung** eintritt.

Zum Hintergrund

Der Bundesfinanzhof hatte Mitte 2014 Folgendes entschieden: Ermitteln **Ingenieure oder Architekten** ihren Gewinn mittels Bilanzierung, tritt die **Gewinnrealisierung bei Planungsleistungen** nicht erst mit der Abnahme oder Stellung der

Honorarschlussrechnung ein, sondern bereits dann, wenn der Anspruch auf Abschlagszahlung nach § 8 Abs. 2 HOAI (alte Fassung) entstanden ist.

Dies nahm das Bundesfinanzministerium zum Anlass, die Gewinnrealisierung bei Abschlagszahlungen auszuweiten. Denn nach der Verwaltungsanweisung aus 2015 sollten die Urteilsgrundsätze nicht nur für die inzwischen **neu gefasste HOAI, sondern auch für Abschlagszahlungen nach § 632a BGB gelten**, sodass auch andere Branchen (beispielsweise das Handwerk) betroffen gewesen wären. Trotz einer Übergangsregelung war die Kritik immens, sodass sich die Verwaltung nun dazu entschlossen hat, **das Schreiben aufzuheben**.

Neue Verwaltungsanweisung

Nach der neuen Verwaltungsanweisung fallen Gewinnrealisierungen nur für Abschlagszahlungen im Sinne des § 8 Abs. 2 HOAI (alte Fassung) an, die **bis zum 17.8.2009** vertraglich vereinbart wurden. Für diese Fälle wird es nicht beanstandet, wenn die Grundsätze der Entscheidung des Bundesfinanzhofs erstmalig im Wirtschaftsjahr angewendet werden, **das nach dem 23.12.2014 beginnt** (= Datum der Veröffentlichung des Urteils im Bundessteuerblatt).

Zur Vermeidung von Härten kann der aus der erstmaligen Anwendung der Grundsätze **resultierende Gewinn gleichmäßig verteilt werden** – und zwar entweder auf das Wirtschaftsjahr der erstmaligen Anwendung und das folgende Wirtschaftsjahr oder auf das Wirtschaftsjahr der erstmaligen Anwendung und die beiden folgenden Wirtschaftsjahre.

Quelle: BMF-Schreiben vom 15.3.2016, Az. IV C 6 - S 2130/15/10001, unter www.iww.de, Abruf-Nr. 146648; BFH-Urteil vom 14.5.2014, Az. VIII R 25/11

Veranstaltung von Golfturnieren: Wann sind die Aufwendungen abziehbar?

Der Bundesfinanzhof hat zu der Frage Stellung genommen, unter welchen Voraussetzungen Unternehmer Aufwendungen im Zusammenhang mit der **Veranstaltung von Golfturnieren als Betriebsausgaben** abziehen können. Und wie so oft im Steuerrecht kommt es hier auf den Einzelfall an: Denn im Fall einer Brauerei waren die Kosten abziehbar, während im anderen Fall eine Versicherungsagentur ihre Aufwendungen nicht abziehen konnte.

Durch den Betrieb veranlasste Aufwendungen sind grundsätzlich von den Betriebseinnahmen abzuziehen. Eine Ausnahme besteht nach dem Einkommensteuergesetz aber für solche Kosten, die mit der gesellschaftlichen Stellung des Unternehmers oder seiner Geschäftspartner zusammenhängen (**Repräsentationsaufwendungen**). Ausdrücklich fallen darunter Aufwendungen für Jagd oder Fischerei, für Segel- oder Motorjachten sowie für ähnliche

Zwecke und für die hiermit zusammenhängenden Bewirtungen.

Hierzu gehören aber auch **Aufwendungen für die Ausrichtung von Golfturnieren**, und zwar selbst dann – wie der Bundesfinanzhof jetzt entschieden hat –, wenn das Turnier von einer Versicherungsagentur in Verbindung mit einer Wohltätigkeitsveranstaltung durchgeführt wird und die Veranstaltung neben Werbezwecken auch oder sogar überwiegend einem **Wohltätigkeitszweck** dient.

Praxishinweis: Hätte der Unternehmer unmittelbar für den guten Zweck gespendet, wäre immerhin ein Abzug als Spende möglich gewesen.

Anders entschied der Bundesfinanzhof jedoch im Fall einer Brauerei, die Golfvereine finanziell bei der Durchführung einer nach der Brauerei benannten Serie von Golfturnieren unterstützt hatte. Der Grund: Nach Ansicht des Bundesfinanzhofs hatten die Turniere **ausschließlich den Zweck, den Warenabsatz zu sichern**. Ein Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Stellung von z. B. Geschäftspartnern der Brauerei sah der Bundesfinanzhof im Streitfall als rein zufällig an. Zudem fiel er im Hinblick auf die Anzahl der Turniere nicht weiter ins Gewicht.

Quelle: BFH-Urteil vom 16.12.2015, Az. IV R 24/13, unter www.iww.de, Abruf-Nr. 183977; BFH-Urteil vom 14.10.2015, Az. I R 74/13, unter www.iww.de, Abruf-Nr. 183976

Gesellschafter und Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften

Arbeitszeitkonto für Gesellschafter-Geschäftsführer führt zur verdeckten Gewinnausschüttung

Mit dem Aufgabenbild eines GmbH-Geschäftsführers ist es nicht vereinbar, dass er durch **die Führung eines Arbeitszeitkontos** auf seine unmittelbare Entlohnung zugunsten später zu vergütender Freizeit verzichtet. Da ein ordentlicher und gewissenhafter Geschäftsleiter mit einem Fremdgeschäftsführer kein Arbeitszeit- oder Zeitwertkonto vereinbaren würde, liegt eine **verdeckte Gewinnausschüttung** vor.

Der Bundesfinanzhof begründet seine Entscheidung mit der **Allzuständigkeit des GmbH-Geschäftsführers**, die ihn verpflichtet, Arbeiten auch dann zu erledigen, wenn sie außerhalb der üblichen Arbeitszeiten oder über diese hinaus anfallen. Damit ist ein Verzicht auf unmittelbare Entlohnung zugunsten später zu vergütender Freizeit nicht vereinbar. Ansonsten würde es zu einer mit der Organstellung **nicht vereinbaren Abgeltung von Überstunden** kommen.

Quelle: BFH-Urteil vom 11.11.2015, Az. I R 26/15, unter www.iww.de, Abruf-Nr. 184745

Auch die Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) muss ihren Jahresabschluss offenlegen

Auch eine **Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)** ist verpflichtet, ihren Jahresabschluss offenzulegen. Dies hat das Oberlandesgericht Köln klargestellt.

Zum Hintergrund: Offenlegungspflichtige Gesellschaften (insbesondere AG, GmbH und GmbH & Co. KG) müssen ihre Jahresabschlüsse spätestens zwölf Monate nach Ablauf des betreffenden Geschäftsjahres beim Bundesanzeiger elektronisch einreichen.

Im Streitfall ging es um die **Festsetzung eines Ordnungsgeldes** in Höhe von 2.500 EUR wegen Nichteinreichung der Rechnungslegungsunterlagen einer Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt). Die Gesellschaft rügte im Kern, dass die Anwendung der für „Kapitalgesellschaften“ geltenden Vorschriften auf sie als Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) gegen den Grundsatz „nulla poena sine lege“ (**keine Strafe ohne Gesetz**) verstoße.

Die Rechtsbeschwerde hatte vor dem Oberlandesgericht Köln aber keinen Erfolg. Denn nach Auffassung des Oberlandesgerichts ist die Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) **nur eine schlichte Variante und Unterform der GmbH** und gerade keine eigene Rechtsform. Dies kommt, so das Gericht, auch in der Vorschrift des § 5a GmbHG hinreichend deutlich zum Ausdruck.

Praxishinweis: Oft wird es sich bei einer Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) um eine kleine oder kleinste Kapitalgesellschaft handeln, sodass Offenlegungserleichterungen bestehen. Z. B. können kleinste Kapitalgesellschaften ihre Publizitätsverpflichtung durch dauerhafte Hinterlegung der Bilanz erfüllen.

Quelle: OLG Köln, Beschluss vom 3.11.2015, Az. 28 Wx 12/15, unter www.iww.de, Abruf-Nr. 146709

Bürgschaftszahlungen als Werbungskosten

Der Bundesfinanzhof hat sich aktuell damit beschäftigt, in welchen Fällen **Bürgschaftsverluste** zugunsten eines in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft tätigen Arbeitgebers als **Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit** abzugsfähig sind.

Ist der Arbeitnehmer zugleich als Gesellschafter an seiner in Form einer Kapitalgesellschaft betriebenen Arbeitgeberin beteiligt, spricht umso mehr für eine innere wirtschaftliche Verbindung zu den Einkünften aus Kapitalvermögen und damit für **nachträgliche Anschaffungskosten der GmbH-Beteiligung**, je höher die Beteiligung des Gesellschafter-Geschäftsführers ist.

Sofern der Arbeitnehmer in **nur sehr geringem Umfang beteiligt ist**, ist das ein Indiz dafür, dass die Bürgschaftsübernahme **durch das Arbeitsverhältnis** veranlasst ist. Dies gilt erst recht, wenn der Arbeitnehmer an der Gesellschaft gar nicht beteiligt ist und durch die Bürgschaftsübernahme **ausschließlich versucht, seine Lohneinkünfte zu sichern** und zu erhalten.

Das gilt grundsätzlich auch, wenn der Arbeitnehmer an seinem Arbeitgeber noch nicht gesellschaftsrechtlich beteiligt ist, aber eine solche **Beteiligung anstrebt**, oder wenn der Arbeitnehmer zwar nicht unmittelbar, aber **mittelbar gesellschaftsrechtlich beteiligt** ist.

Quelle: BFH-Urteil vom 3.9.2015, Az. VI R 58/13, unter www.iww.de, Abruf-Nr. 183462

Umsatzsteuerzahler

Vorsteuerabzug für Unternehmensgründer begrenzt

Der Gesellschafter einer noch zu gründenden GmbH kann im Hinblick auf eine **beabsichtigte Unternehmenstätigkeit der GmbH** nur dann zum Vorsteuerabzug berechtigt sein, wenn der Leistungsbezug durch den Gesellschafter bei der GmbH zu einem **Investitionsumsatz** führen soll. Dies hat der Bundesfinanzhof entschieden.

Sachverhalt

Ein Arbeitnehmer wollte über eine von ihm zu gründende GmbH eine unternehmerische Tätigkeit aufnehmen. Die GmbH sollte die Betriebsmittel einer anderen Firma im Rahmen eines Unternehmenskaufs erwerben. Obwohl die GmbH-Gründung und der Unternehmenskauf letztlich unterblieben, machte der Arbeitnehmer den Vorsteuerabzug für die von ihm bezogenen Beratungsleistungen geltend. Während das Finanzgericht Düsseldorf dieser Ansicht folgte, versagte der Bundesfinanzhof den Vorsteuerabzug.

Maßgeblich ist die **rechtliche Eigenständigkeit der GmbH**. So wäre der Arbeitnehmer zum Vorsteuerabzug berechtigt gewesen, wenn er beabsichtigt hätte, das Unternehmen selbst zu kaufen, um es **als Einzelunternehmer** zu betreiben.

Als Gesellschafter einer – noch zu gründenden – GmbH bestand kein Recht auf Vorsteuerabzug. Zwar kann auch ein Gesellschafter den Vorsteuerabzug beanspruchen, wenn er Vermögensgegenstände erwirbt, um diese auf die GmbH zu übertragen (**Investitionsumsatz**). So kommt ein Vorsteuerabzug z. B. in Betracht, wenn er ein Grundstück erwirbt und dann in die GmbH einlegt. Demgegenüber waren die Beratungsleistungen im Streitfall nicht übertragbar.

Quelle: BFH-Urteil vom 11.11.2015, Az. V R 8/15, unter www.iww.de, Abruf-Nr. 184493

Vorsteuerabzug: Frist für Zuordnung endet am 31.5.

Der **Vorsteuerabzug bei nicht nur unternehmerisch genutzten Gegenständen** (z.B. Fotovoltaikanlagen) setzt eine zeitnahe Zuordnung zum Unternehmensvermögen voraus. Wurde die Zuordnung bei der Umsatzsteuer-Voranmeldung nicht dokumentiert, ist sie spätestens bis zur gesetzlichen Abgabefrist für Steuererklärungen (**31.5. des Folgejahres**) gegenüber dem Finanzamt zu erklären. Fristverlängerungen für die Abgabe der Steuererklärungen verlängern die Dokumentationsfrist nicht.

Beachten Sie: Wurden gemischt genutzte Gegenstände in 2015 erworben und ist noch keine Zuordnungsentscheidung erfolgt, dann sollte dem Finanzamt die Zuordnung **mit einem formlosen Schreiben** angezeigt werden, wenn absehbar ist, dass dem Finanzamt die Jahreserklärung 2015 nicht bis zum 31.5.2016 vorliegen wird.

Quelle: A 15.2c Abs. 16 Umsatzsteuer-Anwendungserlass

Arbeitgeber

Sachbezüge: Streuwerbeartikel als mögliche Steuerfälle

Sachzuwendungen, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 10 EUR nicht übersteigen, sind bei der Pauschalierung nach § 37b Einkommensteuergesetz (EStG) als **Streuwerbeartikel** anzusehen und müssen daher vom Zuwendenden nicht in die Bemessungsgrundlage der Pauschalsteuer (30 %) einbezogen und versteuert werden. Die Oberfinanzdirektion Karlsruhe hat darauf hingewiesen, dass diese Regelung **bei der regulären Lohnversteuerung von Arbeitnehmern nicht anzuwenden ist**. Aus dem Schreiben geht aber auch hervor, wie Arbeitgeber im Sinne ihrer Arbeitnehmer verfahren können.

Die Problematik

Würde ein Arbeitnehmer in einem Monat beispielsweise fünf Streuwerbeartikel im Wert von jeweils 10 EUR geschenkt bekommen, bedeutet dies einen Sachbezug von 50 EUR. Dieser Sachbezug wäre steuerpflichtig, weil die monatliche **Freigrenze von 44 EUR** überschritten ist.

Der Ausweg

Streuwerbeartikel können nach § 37b EStG pauschal versteuert werden, wenn ansonsten die monatliche 44 EUR-Freigrenze überschritten werden würde. Somit kann der Arbeitgeber bei einem Überschreiten der Freigrenze **einen Streuwerbeartikel pauschal versteuern**, damit andere Sachbezüge des Arbeitnehmers steuerfrei bleiben können.

Beachten Sie: Die Entscheidung muss der Arbeitgeber nicht für alle Streuwerbeartikel einheitlich treffen. Er kann die Pauschalbesteuerung individuell für jeden einzelnen Streuwerbeartikel gesondert wählen.

Beispiel

Ein Arbeitnehmer erhält im Dezember 2015 fünf Sachbezüge (Wert jeweils 9 EUR). Der Arbeitgeber bezieht einen Sachbezug – trotz der Sonderregelung für Streuwerbeartikel – in die Pauschalversteuerung nach § 37b EStG ein. Durch die Pauschalierung eines Sachbezugs im Wert von 9 EUR bleiben die übrigen vier Sachbezüge innerhalb der 44 EUR-Freigrenze unversteuert.

Quelle: OFD Karlsruhe, LSt Aktuell, Ausgabe 2/2015 vom 18.12.2015, unter www.iww.de, Abruf-Nr. 146593

Arbeitnehmer

Neue Verwaltungsanweisung zur ermäßigten Besteuerung von Abfindungen

Die ermäßigte Besteuerung von Entlassungsschadensersatzleistungen setzt grundsätzlich voraus, dass die Abfindung zusammengeballt in einem Veranlagungszeitraum (VZ) zufließt. Der Zufluss von zwei Teilbeträgen in unterschiedlichen VZ ist (ausnahmsweise) unschädlich, wenn sich die Teilzahlungen im Verhältnis zueinander eindeutig als Haupt- und Nebenleistung darstellen und **die Nebenleistung geringfügig ist**. Infolge der aktuellen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs hat das Bundesfinanzministerium nun seine Verwaltungsanweisung überarbeitet.

Danach liegt eine geringfügige Zahlung vor, wenn sie **nicht mehr als 10 % der Hauptleistung** beträgt (bisher lag die Grenze bei 5 %). Darüber hinaus kann eine Zahlung unter Berücksichtigung der konkreten individuellen Steuerbelastung als geringfügig anzusehen sein, wenn sie niedriger ist als **die tarifliche Steuerbegünstigung der Hauptleistung**.

Quelle: BMF-Schreiben vom 4.3.2016, Az. IV C 4 - S 2290/07/10007:031, unter www.iww.de, Abruf-Nr. 146538

Abschließende Hinweise

Broschüre: Steuertipps für behinderte Menschen und Ruheständler

Das Finanzministerium Nordrhein-Westfalen hat seine Broschüre „Steuertipps für Menschen mit besonderen Bedürfnissen aufgrund einer Behinderung und für Menschen im Ruhestand“ aktualisiert. Die Broschüre (Stand Februar 2016) kann unter www.iww.de/sl1837 kostenfrei heruntergeladen werden.

Verzugszinsen

Für die Berechnung der Verzugszinsen ist seit dem

1.1.2002 der Basiszinssatz nach § 247 BGB anzuwenden. Die Höhe wird jeweils zum 1.1. und 1.7. eines Jahres neu bestimmt. Der **Basiszinssatz** für die Zeit vom 1.1.2016 bis zum 30.6.2016 beträgt **-0,83 Prozent**.

Damit ergeben sich folgende Verzugszinsen:

- für **Verbraucher** (§ 288 Abs. 1 BGB): **4,17 Prozent**
- für den **unternehmerischen Geschäftsverkehr** (§ 288 Abs. 2 BGB): **8,17 Prozent***

* für Schuldverhältnisse, die vor dem 29.7.2014 entstanden sind: 7,17 Prozent.

Die für die Berechnung der Verzugszinsen anzuwendenden Basiszinssätze betragen in der Vergangenheit:

Berechnung der Verzugszinsen

Zeitraum	Zins
vom 1.7.2015 bis 31.12.2015	-0,83 Prozent
vom 1.1.2015 bis 30.6.2015	-0,83 Prozent
vom 1.7.2014 bis 31.12.2014	-0,73 Prozent
vom 1.1.2014 bis 30.6.2014	-0,63 Prozent
vom 1.7.2013 bis 31.12.2013	-0,38 Prozent
vom 1.1.2013 bis 30.6.2013	-0,13 Prozent
vom 1.7.2012 bis 31.12.2012	0,12 Prozent
vom 1.1.2012 bis 30.6.2012	0,12 Prozent
vom 1.7.2011 bis 31.12.2011	0,37 Prozent
vom 1.1.2011 bis 30.6.2011	0,12 Prozent
vom 1.7.2010 bis 31.12.2010	0,12 Prozent
vom 1.1.2010 bis 30.6.2010	0,12 Prozent

Steuern und Beiträge Sozialversicherung: Fälligkeitstermine in 05/2016

Im Monat Mai 2016 sollten Sie insbesondere folgende Fälligkeitstermine beachten:

Steuertermine (Fälligkeit):

- **Umsatzsteuerzahler** (Monatszahler): 10.5.2016
- **Lohnsteuerzahler** (Monatszahler): 10.5.2016
- **Gewerbesteuerzahler**: 17.5.2016
- **Grundsteuerzahler**: 17.5.2016

Bei einer **Scheckzahlung** muss der Scheck dem Finanzamt spätestens drei Tage vor dem Fälligkeitstermin vorliegen.

Bei der **Grundsteuer** kann die Gemeinde abweichend von dem vierteljährlichen Zahlungsgrundsatz verlangen, dass Beträge bis 15 EUR auf einmal grundsätzlich am 15.8. und Beträge bis einschließlich 30 EUR je zur Hälfte am 15.2. und am 15.8. zu zahlen sind. Auf Antrag kann die Grundsteuer auch am 1.7. in

einem Jahresbetrag entrichtet werden. Der Antrag ist bis zum 30.9. des vorangehenden Jahres zu stellen.

Beachten Sie: Die für alle Steuern geltende dreitägige Zahlungsschonfrist bei einer verspäteten Zahlung durch Überweisung endet am 13.5.2016 für die **Umsatz- und Lohnsteuerzahlung** und am 20.5.2016 für die **Gewerbe- und Grundsteuerzahlung**. Es wird an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, dass diese Zahlungsschonfrist ausdrücklich nicht für Zahlung per Scheck gilt.

Beiträge Sozialversicherung (Fälligkeit):

Sozialversicherungsbeiträge sind spätestens am drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats fällig, für den **Beitragsmonat Mai 2016 am 27.5.2016**.

Haftungsausschluss

Der Inhalt des Rundschreibens ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel der Rechtsmaterie machen es notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen. Das Rundschreiben ersetzt nicht die individuelle persönliche Beratung.

Die oben stehenden Texte sind nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel der Rechtsmaterie machen es jedoch notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen.

Impressum:

ABG Allgemeine Beratungs- und
Treuhandgesellschaft mbH
Steuerberatungsgesellschaft

Geschäftsführer Dipl.-Kfm. Geise (Steuerberater)

Romanstraße 22
80639 München

Tel: (+49) 89 - 139977-0
Fax: (+49) 89 - 1665151
E-Mail: info@abg-partner.de

Zuständige Steuerberaterkammer: Bayern
(Sitz München)

Amtsgericht München, HRB 95434
UST-ID-Nr.: DE129276798

Zweigniederlassung Dresden
Leiter der Zweigniederlassung:
Friedrich Geise (Steuerberater)
Wiener Straße 98
01219 Dresden

Zuständige Steuerberaterkammer: Sachsen
(Sitz Leipzig)

Verantwortlicher im Sinne des Presserechtes:
Dipl.-Kfm. Geise, Steuerberater, Anschrift w. o.,
Anschrift w. o.

SONDERTEIL - AUSGABE MAI 2016

Fachmeldung

Generationenwechsel im Familienunternehmen: Streit vermeiden heißt den Konflikt nicht scheuen

Der Generationenwechsel in Familienunternehmen ist für die gesamte Familie eine Herausforderung. Regelmäßig ist der Gesellschaftergeneration daran gelegen, die Nachfahren an dem Unternehmen gleichberechtigt zu beteiligen. Dies ist für viele die Idealvorstellung. In der Praxis zeigt sich aber aus den verschiedensten Gründen die Notwendigkeit der Ungleichheit.

Interessen und Stärken erkennen

Im persönlichen Bereich sind die Interessen und Stärken innerhalb der Nachfolgegeneration oft unterschiedlich. Erkennt man die Unterschiedlichkeit im Privaten an, ist es konsequent, die Nachfolger mit ihren verschiedenen Antrieben und Motiven auch im beruflichen und damit bei der Unternehmensnachfolge wahrzunehmen. Das zeigt sich bei der Findung der passenden Rolle im Unternehmen. Gerade Familienunternehmen sind durch den persönlichen Einsatz im operativen Geschäft geprägt. Demzufolge reicht es nicht aus, die Teilhabe an dem Unternehmen durch die Anteilsgröße zu definieren. Nicht jeder (genetische) Nachfolger ist geeignet, als Kapitän ein schwankendes Schiff durch stürmisches Gewässer zu übernehmen. Es wäre daher fatal, um der ehrhaften Gleichbehandlung wegen etwa sämtliche Kinder zum Geschäftsführer zu bestellen. Zeigt sich hingegen dieses Gen schon frühzeitig bei einem der potentiellen Nachfolger, gilt es dieses fortzuentwickeln.

Potentielle Spannungen vorausschauend analysieren

Von entscheidender Bedeutung ist die Einbindung in das soziale Geflecht der Mitarbeiter. Auch mit den erforderlichen theoretischen Abschlüssen, praktischem Wissen und der entsprechenden rechtlichen Leitungsfunktion ausgerüstet, ist die Nachfolge nicht geschehen. Mit der personellen Verjüngung gehen Wechselwirkungen einher. Diese führen kurz bis mittelfristig zu Spannungen. Sie treten nicht nur innerhalb der Familie, sondern auch gegenüber den Mitarbeitern des Unternehmens auf: Oft sieht sich der langjährige und das damals noch im Sandkasten spielende Kleinkind betrachtende Mitarbeiter plötzlich der Weisungsbefugnis des zwischenzeitlich erwachsen gewordenen „Kindes“ ausgesetzt. Die

Nachfolge ist deshalb neben den rechtlichen, steuerrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Aspekten stark mit emotionalen Aufgabenstellungen verbunden. Diese gilt es einer praktischen Lösung zuzuführen.

Kompetenzen klar definieren

Die Kompetenzverteilung ist klar zu gestalten. Beispielsweise können einzelne Unternehmensbereiche untergliedert und einem eigenen Geschäftsführer unterstellt werden. Auf Gesellschafterebene kann das Stimmrecht in Abhängigkeit der Gesellschaftsform variabel gestaltet werden. Auch kann durch das Einstimmigkeitsprinzip ein Kontrollmechanismus implementiert werden. Gerade in Familienunternehmen ist das aber nur ein - wenngleich entscheidendes - „technisches Konstrukt“. Dieses bildet im übertragenen Sinne die Lenkstange des Unternehmens. Ob und in welche Richtung das Unternehmen gelenkt wird, wird aber nicht durch die Technik, sondern in den Köpfen der Entscheidungsträger bestimmt.

Handlungsfähigkeit vs. persönliche Befindlichkeiten

Hier zeigt sich das Problem: Es „Menschelt“. Bei einer gleichberechtigten Beteiligung der Nachfolger haben diese früher oder später Entscheidungen zu treffen, für die sie die Zustimmung des anderen benötigen. Zu Beginn des Übernahmeprozesses stellt das ein Thema von geringerer Tragweite dar. Die Nachfolger sind zufrieden, sie sind wirtschaftlich erfolgreicher als zuvor. Im Laufe dieses Prozesses treten jedoch zunehmend Situationen auf, bei denen persönliche Befindlichkeiten verstärkt die eigene Entscheidung gegen das Votum des anderen prägen. „Wir haben florierende, größere mittelständische Unternehmen erlebt, die aufgrund von persönlichen Unstimmigkeiten in den Gesellschafterversammlungen keine Entscheidungen mehr herbeiführen konnten. Was von den übergebenden Generationen als gerecht und sittlich erstrebenswert erachtet worden war, stellte sich plötzlich als fatal für die Unternehmenspraxis heraus: Die Pattsituation in der Gesellschafterversammlung“, weiß Rechtsanwalt Matthias Bender. Diese Situation ist denkbar undankbar für ein Unternehmen. Zwar existieren rechtliche Möglichkeiten, den so genannten Gesellschafterstreit auszufeuchten. Regelmäßig führt das aber zu einem Zeitverlust. Diesen gilt es im Sinne des Unternehmens abzukürzen bzw. idealerweise zu vermeiden.

Scheinbar „unangenehme Entscheidungen“ frühzeitig beraten und bewerben

Neben der technischen Konstruktion ist deshalb eine Ebene zu finden, die entweder im Vorfeld der Nachfolge die Weichen stellt oder im Konfliktfalle nach der vollzogenen Unternehmensübertragung schlichtet. Exemplarisch ist die Vereinbarung von Stimmenmehrheiten oder Sonderstimmrechten ebenso wie die Schlichtung durch einen Beirat zu nennen. Diese verhindern eine Handlungsunfähigkeit durch Stimmgleichheit. Da sie aber eine gesellschaftsrechtliche Regelung voraussetzen, müssen die Optionen mit den künftigen Nachfolgern kommuniziert werden. Dies gilt es auch, wenn ein erfahrener Mitarbeiter als Fremdgeschäftsführer wenigstens zeitweise den eigenen Nachfahren zur Seite gestellt werden soll. Wichtig ist es, die Bedeutung und Funktion der scheinbaren Ungleichbehandlung bzw. Kompetenzbeschneidung zu erläutern und in ihrem Sinn und Zweck zu bewerben. „Für uns fängt deshalb die Nachfolgeregelung zu ‚aktiven Lebzeiten‘ an. Unser Ziel ist es, die möglichen Spannungen gemeinsam in der Familie zu erforschen und zu der daraus resultierenden Notwendigkeit der Handlungsfähigkeit zu motivieren“, betont Rechtsanwalt Matthias Bender. Naturgemäß werden dabei wirtschaftliche Themen vertieft. Aber, und nicht zuletzt in Familienunternehmen sind insbesondere die emotionalen Verflechtungen des persönlichen Näheverhältnisses zu adressieren. „Neben üblichen Verhandlungstechniken arbeiten wir mit einer in

Wirtschaftsstreitigkeiten erfahrenen Personal- & Organisationsentwicklerin zusammen, die neben der rationalen Ebene auch die menschelnden Faktoren und unsichtbaren Dynamiken im Gesamtsystem berücksichtigt. Durch diese ganzheitliche Herangehensweise ist oftmals ein anderer Zugang zu den, zugegebenermaßen, nicht leicht herbeizuführenden ungleichen Regelungsinstrumenten (Stimmrechte, operative Befugnisse) möglich“, so Matthias Bender. Das emotionale Moment gilt es entscheidend zu berücksichtigen. „Es kommt nicht darauf an, mit dem Kopf durch die Wand zu gehen, sondern mit neuem Wissen die richtige Tür zu wählen und diese mit Gefühl zu öffnen“, hebt Esther Gaus, BEARS-Akademie, www.bears-akademie, hervor.

Diese frühzeitige Begleitung bietet den Vorteil des konstruktiven Austauschs zwischen der übergebenden und übernehmenden Generation wie auch der jeweiligen Generationen untereinander. „Zugleich entwickeln wir Konzepte, um kommunikativ den Generationenwechsel auch gegenüber den Mitarbeitern zu vollziehen“. Auf diese Weise ist die Entwicklung einer auf die konkreten Personen zugeschnittenen Nachfolgegestaltung möglich: Quasi den originären Familienweg.

Weitere Informationen gibt es unter www.abg-partner.de.

Weitere Informationen

Cramer Rechtsanwälte
Rechtsanwalt Dr. Matthias Bender
Romanstr. 22
80639 München
Tel.: +49 89 1399 77 90
E-Mail: info@cramer-muenchen.de



ABG Aktuell | Monatliche Mandanteninformationen | www.abg-partner.de

SONDERTEIL - AUSGABE MAI 2016

Wissenswertes zur Umsatzsteuer, Nachfolge, Sanierung oder Unternehmensstrategie

ABG-Magazin "akzent" neu erschienen

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Mittelstand ist der „Motor“ der deutschen Wirtschaft. Kleine und mittlere Betriebe stellen rund 60 Prozent aller Arbeitsplätze bereit und sie erwirtschaften laut Statistischem Bundesamt etwa 36 Prozent des Gesamtumsatzes im Lande. Genau das brauchen und unterstützen wir: ein dynamisches Unternehmertum.

In der neuen Ausgabe des Mittelstandsmagazins „akzent“ haben wir wieder eine abwechslungsreiche Mischung von praxisrelevanten Themen für Sie vorbereitet – rund um die Kompetenzbereiche des Beratungsverbundes ABG-Partner: Steuerberatung, Unternehmensberatung, Recht, Marketing und Wirtschaftsprüfung.

Hier können Sie sich unsere aktuelle Ausgabe kostenlos herunterladen.

Wenn Sie sich einen Austausch zu den Möglichkeiten der Zusammenarbeit wünschen, dann melden Sie sich über das [beiliegende Antwortfax](#) oder rufen Sie uns einfach an.

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen beim Lesen des Magazins. Kommen Sie bei Fragen und Wünschen rund um die Unternehmensgründung, das Wachstum, die Nachfolge oder Sanierung einfach auf uns zu – wir unterstützen Sie gern!

Herzliche Grüße

Friedrich Geise
Gründer Beratungsverbund

Weitere Informationen

Beratungsverbund ABG-Partner
Friedrich Geise
Wiener Straße 98
01219 Dresden
Tel.: +49 351 43755 – 0
E-Mail: info@abg-partner.de
www.abg-partner.de



ABG Aktuell | Monatliche Mandanteninformationen | www.abg-partner.de

SONDERTEIL - AUSGABE MAI 2016

EINLADUNG zum Unternehmerfrühstück „Praxistipps für eine erfolgreiche Unternehmensstrategie und -planung“

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine durchdachte Strategie und Planung ist die Voraussetzung für den Unternehmenserfolg. In der Hektik des Alltags fehlt Geschäftsführern aber oft die Zeit, sich mit strategischen Themen oder einer umfassenden Planung auseinanderzusetzen: Welche wirtschaftlichen Ziele hat Ihr Unternehmen und wie lassen sich diese erreichen? Welche Finanzierungen sind dafür sinnvoll? Was ist steuerlich zu beachten? Wie lässt sich Ihr Unternehmen bekannter machen? Was gehört zur Unternehmenssicherung in einen „Notfallkoffer“? Wie schützen Sie Ihre Marke und immaterielle Güter wie Technologien und Designs?

Diese und weitere Fragen beantworten wir Ihnen beim Unternehmensfrühstück, zu dem Sie der **Beratungsverbund ABG-Partner** und die **Kanzlei hieber® RECHTSANWÄLTE** herzlich einladen:

Wann: **Donnerstag, der 12. Mai 2016, 9:00 Uhr – ca. 11:00 Uhr**
Wo: **ARVENA Kongress Hotel, Eduard-Bayerlein-Straße 5a, 95445 Bayreuth**

Wir haben für Sie folgende Vorträge und Referenten ausgewählt:

„Praxistipps für eine erfolgreiche Unternehmensstrategie und -planung“

Christine Mösbauer – Steuerberaterin, Geschäftsführerin, ABG Steuerberatungsgesellschaft mbH

Simon Leopold – Geschäftsführer, ABG Consulting-Partner GmbH & Co. KG

Ilka Stiegler – Geschäftsführerin, ABG Marketing GmbH & Co. KG

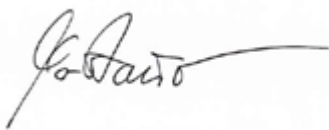
Heribert Karsch – Steuerberater, Rechtsanwalt, Steuerrat & Recht

„Schutz immateriellen Unternehmensvermögens“

Claudia Anja Haag – Rechtsanwältin, hieber® RECHTSANWÄLTE

Beim gemeinsamen Frühstück stehen wir gerne für Fragen oder weiterführende Gespräche zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung per E-Mail oder beiliegendem Fax.

Mit freundlichen Grüßen



Christine Mösbauer



Analysieren. Beraten. Gestalten.

Ihre Anmeldung zum Unternehmerfrühstück in Bayreuth

Datum: Donnerstag, 12. Mai 2016 | 9:00 – 11:00 Uhr

Ort: ARVENA Kongress Hotel, Eduard-Bayerlein-Straße 5a, 95445 Bayreuth

(Parkplätze vorhanden)

Bitte senden Sie Ihre Antwort per Fax an 0921 78 77 850-9 oder

Per Mail an Ilka Stiegler: stiegler@abg-partner.de

Firmierung: (Stempel)

Anschrift:

.....

Ansprechpartner:

E-Mail Adresse:

Ich komme gern zum **Unternehmerfrühstück** in Bayreuth. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Ich bringe noch eine Begleitperson mit. Der Name ist

Bitte senden Sie mir weitere kostenlose Informationen zu folgenden Themen oder kontaktieren Sie mich telefonisch unter:

Unternehmensstrategie und –planung

Schutz immateriellen Unternehmensvermögens

Anmerkungen / Kommentar: